

## ALLGEMEINES

**Straftaten gegen Asylunterkünfte.** Nach Mitteilung der Bundesregierung fanden im zweiten Quartal dieses Jahres 22 Demonstrationen und Kundgebungen rechtsextremistischer Gruppierungen mit mehr als 20 Personen vor Asylbewerber- beziehungsweise Flüchtlingsunterkünften statt. Im gleichen Zeitraum habe man 24 Delikte erfasst, bei denen eine Unterkunft selbst Tatort oder Angriffsziel war. Registriert wurden unter anderem acht Fälle von Sachbeschädigung, eine schwere Brandstiftung und eine gefährliche Körperverletzung. Da in der Statistik nicht zwischen Versuch und Vollendung der Straftaten unterschieden wird und möglicherweise noch Nachmeldungen eingehen, haben diese Zahlen nur einen begrenzten Aussagewert. Auf die Frage von Parlamentariern, wie die Diskrepanzen zu den von Pro Asyl und der Amadeu Antonio Stiftung ermittelten Fälle entstanden sind, erklärte die Bundesregierung, hierfür seien unterschiedliche Erhebungskriterien verantwortlich. Die Angaben der beiden Institutionen fließen jedoch in die Betrachtungen der zuständigen Clearingstelle des Bundeskriminalamtes mit ein. *Quelle: hib – heute im bundes-tag vom 15.8.2014*

**Neues zur kommunalen Finanzlage.** Anlässlich der Vorlage aktueller Prognosedaten zur kommunalen Finanzlage in den Jahren 2014 bis 2017 erklärten der Deutsche Städtetag und andere Verbände im Juni dieses Jahres, die sozialen Leistungen in diesem und dem kommenden Jahr würden sich voraussichtlich um 3,6 bis 3,8 % beziehungsweise um rund 1,8 Mrd. Euro jährlich erhöhen. Bis zum Jahr 2017 rechne man mit einer Zunahme auf mehr als 54 Mrd. Euro, nach 47 Mrd. Euro im Jahr 2013. Zu erwarten sei, dass die Kosten für die Hilfen zur Erziehung, die Jugendhilfe, die Eingliederungshilfe für Menschen mit einer Behinderung und die Hilfe zur Pflege weit stärker steigen würden als andere Ausgabearten, und erst recht stärker als die kommunalen Einnahmen. Obgleich mehrere Städte ihre Finanzsituation verbessern konnten, ist es vielen Kommunen unmöglich, ihren Haushalt aus eigener Kraft auszugleichen. Die Kassenkredite bewegten sich trotz einiger Sonderprogramme mit Entschuldungshilfen weiterhin an der Grenze von 50 Mrd. Euro. *Quelle: Städtetag aktuell 6.2014*

**Die Bürger und ihr Staat.** Ein Verhältnis am Wendepunkt? Hrsg. Herbert Quandt-Stiftung. Herder Verlag. Freiburg im Breisgau 2013, 129 S., EUR 13,99 \*DZI-E-0906\*

In den seit dem Jahr 1993 stattfindenden Sinclair-Haus-Gesprächen führt die Herbert Quandt-Stiftung internationale Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Medien zu einem Gedankenaustausch über grundlegende Fragen der Gegenwart zusammen. Die hier dokumentierte 33. Tagung widmete sich aktuellen Veränderungen in Bezug auf die Verhältnisbestimmung

zwischen dem Staat und Bürgerinnen sowie Bürgern in Europa. Dabei ging es zunächst um das Für und Wider einer direkten demokratischen Beteiligung. Weitere Beiträge vermitteln anknüpfend an philosophische Betrachtungen Eindrücke von der Zivilgesellschaft in Polen und von Erfahrungen mit rechtsextremistischen Tendenzen in Norwegen. Die Darstellung mündet in Überlegungen zum deutschen Arbeitsrecht, zum Datenschutz und zur Freiwilligkeit des sozialen Engagements. Bestellanschrift: Herbert Quandt-Stiftung, Am Pilgerrein 15, 61352 Bad Homburg v.d. Höhe, Tel.: 06172/404-500, Internet: [www.herbert-quandt-stiftung.de](http://www.herbert-quandt-stiftung.de)

**Engagement-Botschafterin und -Botschafter.** Das Bundesfamilienministerium hat am 6. August dieses Jahres die Engagement-Botschafterin und die Engagement-Botschafter 2014 ernannt. Die Auszeichnungen gingen stellvertretend an Marita Gerwin von der Zukunftsagentur Fachstelle „Zukunft Alter“ der Stadt Arnberg, an Ulrich Hegerl vom Bündnis gegen Depressionen in Leipzig und an Wolfgang Rosskopf von der Alfred Kiess GmbH in Stuttgart, die sich in vorbildlicher Weise für die Integration gehörloser Menschen einsetzt. Die Botschafterin und die Botschafter, die zuvor schon mit dem Engagementpreis geehrt wurden, sollen sich nun ein Jahr lang mit öffentlichen Auftritten für das Ehrenamt in Deutschland einsetzen. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesfamilienministeriums vom 6.8.2014*

## SOZIALES

**VdK zur Bewältigung der Altersarmut.** Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit waren Ende Juni 2013 bundesweit 829 173 Menschen mit einem Minijob über 65 Jahre alt. Dies bedeutet einen Anstieg von knapp 36 000 gegenüber dem Vorjahr und von fast 270 000 gegenüber dem Jahr 2003. Der Sozialverband VdK geht davon aus, dass die zunehmende Berufstätigkeit älterer Menschen zumeist auf eine finanzielle Notlage zurückzuführen sei. Um dem Problem entgegenzuwirken, bedürfe es einer Eindämmung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, da diese die Entstehung von Altersarmut begünstigten. Der VdK empfiehlt zudem, die geplante Absenkung des Rentenniveaus von derzeit 51 % auf 43 % bis zum Jahr 2030 zurückzunehmen, die Renten wieder an die Lohn- und Gehaltsentwicklung anzupassen und den Rentenabschlag von 10,8 % für Beziehende einer Erwerbsminderungsrente abzuschaffen. Da viele ältere Menschen aus Scham oder Unwissenheit auf die Wahrnehmung ihrer Rechte verzichteten, sei von einer hohen Dunkelziffer einkommensschwacher Rentnerinnen und Rentner auszugehen. *Quelle: VdK Zeitung September 2014*

**Studie zur Verfestigung der Jugendarbeitslosigkeit.** Eine im August dieses Jahres veröffentlichte Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

deutet darauf hin, dass Menschen, die in ihrer Jugend arbeitslos sind, einem deutlich erhöhten Risiko unterliegen, auch später keine Arbeit zu finden. Aus methodischen Gründen beschränkte sich die Erhebung auf westdeutsche Männer zwischen 15 und 26 Jahren, die von 1978 bis 1980 eine betriebliche Berufsausbildung im dualen Ausbildungssystem abgeschlossen hatten und zu diesem Zeitpunkt nicht über die allgemeine Hochschulreife verfügten. Die Forschung ergab, dass Berufseinsteiger, die in den ersten acht Jahren maximal einen halben Monat arbeitslos waren, auch in den 16 darauf folgenden Jahren kaum arbeitslos wurden. Dagegen waren Personen mit einer 20-monatigen oder längeren Arbeitslosigkeit innerhalb der ersten acht Erwerbsjahre später im Durchschnitt insgesamt beinahe 32 Monate ohne Beschäftigung. Angesichts der beobachtbaren Zusammenhänge rät das IAB, schon die Jugendarbeitslosigkeit mit arbeitsmarktpolitischen Mitteln einzudämmen. *Quelle: Presseinformation des IAB vom 21.8.2014*

**Netzwerkarbeit und Selbstorganisation im demografischen Wandel.** Von Jutta M. Bott. Hrsg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Eigenverlag. Berlin 2014, 70 S., EUR 12,80 \*DZI-E-0908\*

Diese im Rahmen des in den Jahren 2009 bis 2013 an der Fachhochschule Potsdam realisierten und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes „Gut leben im (HOHEN) Alter“ entstandene Arbeitshilfe thematisiert die Bedeutung der Netzwerkarbeit beim Umgang mit den Folgen des demographischen Wandels. Ausgehend von einem Blick auf die Funktionen des freiwilligen Engagements beleuchtet die Broschüre die Bedeutung von Nachbarschaften bei der Unterstützung älterer Menschen, wobei zwischen der städtischen und der ländlichen Bevölkerung unterschieden wird. Ferner vermittelt die Handreichung Hinweise darüber, was bei der Realisierung von Generationen-Tandems und Projekten in Bezug auf Gesundheit, Bildung, Empowerment und kulturelle Partizipation zu beachten ist. Die Autorin schließt mit einem Überblick über mögliche Einflussfaktoren auf das Gelingen von Netzwerkprozessen, Aktivierung und Selbstorganisation. Bestellanschrift: Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-502, Internet: [www.deutscher-verein.de](http://www.deutscher-verein.de)

**ESF unterstützt weiterhin arbeitspolitische Maßnahmen in Rheinland-Pfalz.** Mithilfe von Zuwendungen aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) möchte die Landesregierung in Rheinland-Pfalz ihr arbeitsmarktpolitisches Programm im neuen Förderzeitraum 2014 bis 2020 fortsetzen. Insgesamt stehen hierfür 109 Mio. Euro zur Verfügung. Diese sollen genutzt werden, um die Nachhaltigkeit der Beschäftigung und die soziale

**10.-11.11.2014 Hannover.** Fachkongress: Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern. Information: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/56 97 53, E-Mail: [die@kinderschutz-zentren.org](mailto:die@kinderschutz-zentren.org)

**14.-16.11.2014 Berlin.** Workshop: Komplexe Beratungsaufträge. Information: Stiftung Supervision, Düppelstraße 19, 14163 Berlin, Tel.: 030/29 77 12 71, E-Mail: [info@stiftung-supervision.de](mailto:info@stiftung-supervision.de)

**14.-16.11.2014 Hofgeismar.** Schulleitertagung: (Self-)Leadership – Kompetenzen entwickeln. Selbstführung und starke Führung im Schulalltag. Information: Evangelische Akademie Hofgeismar, Postfach 1205, 34362 Hofgeismar, Tel.: 056 71/881-200, E-Mail: [ev.akademie@ekkw.de](mailto:ev.akademie@ekkw.de)

**20.11.2014 Bielefeld.** 3. Konferenz der Reihe „Städte(l)eben Vielfalt!“: Integration und Arbeitsmarkt. Information: Deutscher Städtetag, Frau Nicole Reinhardt, Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Tel.: 030/377 11-402, E-Mail: [Nicole.Reinhardt@staedtetag.de](mailto:Nicole.Reinhardt@staedtetag.de)

**20.-21.11.2014 Berlin.** 20. Bundeskongress des Deutschen Verbandes der Leitungskräfte von Alten- und Behinderteneinrichtungen e.V. Information: Kongressbüro DVLAB e.V., Bahnhofsallee 16, 31134 Hildesheim, Tel.: 051 21/289 28 72, E-Mail: [info@dvlab.de](mailto:info@dvlab.de)

**21.-23.11.2014 Berlin.** 48. Bundesfachtagung Heilpädagogik: Die Kunst der kleinen Schritte. Information: Berufs- und Fachverband Heilpädagogik e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/40 60 50 60, E-Mail: [info@bhponline.de](mailto:info@bhponline.de)

**23.-24.11.2014 Mainz.** Fachtagung: Opferperspektiven in der Kriminalprävention. Information: Weisser Ring e.V., Weberstraße 16, 55130 Mainz, Tel.: 061 31/83 03 24, E-Mail: [opferforum@weisser-ring.de](mailto:opferforum@weisser-ring.de)

**27.-28.11.2014 Berlin.** Fachtagung: Neuausrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Information: Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-136, E-Mail: [agfj@difu.de](mailto:agfj@difu.de)

**4.-5.12.2014 Stuttgart.** Fachkongress: Zwischen Beziehung und Konflikt – Chancen eines hilfeorientierten Kinderschutzes. Information: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02.21/56 97 53, E-Mail: [die@kinderschutz-zentren.org](mailto:die@kinderschutz-zentren.org)

Inklusion voranzubringen, Armut und Diskriminierung zu bekämpfen und die Möglichkeiten der Qualifizierung zu erweitern. Ausführlichere Informationen stehen auf der Internetseite [www.esf.rlp.de/esf-foerderung-2014-2020](http://www.esf.rlp.de/esf-foerderung-2014-2020) zum Download bereit. *Quelle: Pressemitteilung des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie vom 14.8.2014*

## GESUNDHEIT

**Tablet-Computer gegen Demenz.** In der von September 2012 bis April 2014 durchgeführten und im vergangenen Juni veröffentlichten Pilotstudie „Aktivierung von Menschen mit Demenz im Pflegeheim“ der Charité-Universitätsmedizin in Berlin wurde festgestellt, dass die Nutzung von Tablet-Computern einen positiven Einfluss auf das Wohlbefinden und die Selbstständigkeit älterer Menschen ausüben kann. Die Testgruppe bestand aus 14 demenzkranken Seniorinnen und Senioren im Alter von 70 bis 100 Jahren, die sich für drei Monate an drei Tagen pro Woche jeweils fünf- bis sechsmal eine halbe Stunde lang mit einem Tablet beschäftigten. Beispielsweise beantworteten sie Quizfragen, schauten Fotos an, skypten oder hörten Musik. Erste Ergebnisse zeigten, dass dies dazu beitrage, das Gedächtnis zu trainieren, Kontakte aufzunehmen und Verhaltensauffälligkeiten wie innere Unruhe oder Apathie abzubauen. Die Intention der Untersuchung bestand darin, wissenschaftlich fundierte Anhaltspunkte für die Entwicklung weiterer anwendungsbezogener Applikationen im therapeutischen Einsatz zu gewinnen. Der Abschlussbericht kann im Internet unter [www.zqp.de/upload/content/000/id00408/attachment02.pdf](http://www.zqp.de/upload/content/000/id00408/attachment02.pdf) eingesehen werden. *Quelle: trend informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft 8.2014*

**Europäisches Forschungsprogramm für jung an Demenz erkrankte Menschen.** Im April dieses Jahres startete das Europäische Forschungsprogramm RHAPSODY (Research to Assess Policies and Strategies for Dementia in the Young) für demenzkranke Menschen unter 65 Jahren, die von dieser Krankheit besonders belastet sind. Koordiniert vom gemeinsamen EU-Programm zur Bekämpfung neurodegenerativer Erkrankungen wird das Projekt von der Deutschen Alzheimer Gesellschaft e.V. in Kooperation mit sieben vorwiegend akademischen Institutionen aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Portugal und Schweden durchgeführt. Mit der Zielsetzung, die Betreuung von früh an Demenz erkrankten Menschen zu verbessern, widmet sich die Untersuchung den Fragen, wie die verschiedenen nationalen Gesundheits- und Sozialsysteme den Zugang zu Unterstützungsleistungen beeinflussen, welche Bedürfnisse sich manifestieren und welche Angebote bestehen. Auf Grundlage der Analysen soll ein internetbasiertes Schulungsprogramm für Betroffene und deren Angehörige entwickelt werden,

das nach einer Pilotstudie in allen beteiligten Ländern zur Verfügung gestellt wird. *Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Alzheimer Gesellschaft vom 18.8.2014*

### Studie zur Qualität der stationären Psychiatrie.

Da die Qualität psychiatrischer und psychosomatischer Kliniken nur schwer einzuschätzen ist, befragte die Bundespsychotherapeutenkammer zusammen mit dem Institut für Gesundheits- und Sozialforschung 1500 Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, wer dort mit welcher Diagnose wie behandelt wird. Die Erkenntnisse wurden Ende Juni dieses Jahres auf einem Symposium in Berlin vorgestellt. Vor allem im Hinblick auf Patientinnen und Patienten mit einer Schizophrenie oder einem Borderline-Syndrom seien Defizite in Bezug auf das psychotherapeutische Angebot erkennbar. Die stationäre Versorgung müsse durch multiprofessionelle ambulante Dienste ergänzt werden, wofür eine Expertenkommission unter Leitung des Bundesgesundheitsministeriums eingerichtet werden solle, um Erfahrungen aus Modellprojekten auszuwerten und Eckpunkte für gesetzliche Rahmenbedingungen zu erarbeiten. *Quelle: medhochzwei-newsletter vom 23.7.2014*

**Neue Pflegeoase in Zwickau.** Um Menschen mit einer Demenz besser als bisher betreuen zu können, wurde im Seniorenheim „Willy Stabenau“ des Arbeiter-Samariter-Bundes in Zwickau die erste Pflegeoase nach dem Modell des Kuratoriums Deutsche Altershilfe eingerichtet. Die für zehn Personen mit hohem Pflegebedarf konzipierte Wohngemeinschaft besteht aus kleinen Einzelzimmern mit Sichtkontakt zur offenen Wohnküche, einem großen Gemeinschaftsraum und einem Bade- raum. Beschäftigt sind hier neben Fachkräften der Altenpflege auch eine Heilerziehungspflegerin und eine Ergotherapeutin. Nach Auffassung des Instituts für sozialpolitische und gerontologische Studien in Berlin, das Pflegeoasen in Deutschland wissenschaftlich begleitet hat, wirkt sich diese seit zirka zehn Jahren bestehende Wohnform positiv auf die Stimmung der Bewohnerinnen und Bewohner und auf deren soziale Beziehungen aus. *Quelle: Newsletter trend informationen 8.2014*

### BAGFW-Eckpunkte zu einem Bundesleistungsgesetz zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen.

Hrsg. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW). Selbstverlag, Berlin 2013, 15 S., kostenlos \*DZI-E-0961“  
Hinsichtlich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen hat die Bundesregierung im Juni 2012 angekündigt, ein Bundesleistungsgesetz zu erarbeiten, mit dem die bisherigen Rechtsvorschriften reformiert werden sollen. Nach Auffassung der BAGFW sind hierfür neue Ansätze nötig, die in dieser Broschüre dargestellt werden. Das Augenmerk gilt den fachlich-konzeptionellen Leitlinien eines zukünftigen Teilhabeleistungsrechts, der Beratung, der Feststellung des Teilhabebe-

darfs, der Teilhabeplanung und der Partizipation am Arbeitsleben. Darüber hinaus finden sich hier Überlegungen zu den Vertrags- und Vergütungsregelungen, zur Verortung der Leistungen im Sozialgesetzbuch IX, zur Wechselwirkung mit anderen Sozialgesetzen, zur Einführung eines Bundesteilhabegeldes und zur kommunalen Verantwortung für die Gestaltung inklusionsorientierter Infrastrukturen vor Ort. Bestellanschrift: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V., Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Tel.: 030/240 89-0, Internet: www.bagfw.de

## JUGEND UND FAMILIE

**Projekt für Jugendliche beim Übergang in die Ausbildung.** Als Hilfestellung für Jugendliche in Brandenburg beim Übergang von der Schule in eine Berufsausbildung fördert das örtliche Arbeitsministerium seit dem dritten Quartal des Jahres 2013 Ansätze zum Aufbau des Netzwerks „Türöffner: Zukunft Beruf“. Lokale Koordinierungsstellen sollen im Rahmen zweier Modellprojekte in Neuruppin und Storkow eine bessere Übersicht bereits bestehender Initiativen bieten, die Zusammenarbeit relevanter Akteure moderieren und eine bedarfsbezogene Unterstützung vermitteln. Darüber hinaus wird durch drei weitere Projekte der Austausch mit Polen, Frankreich und Großbritannien ausgebaut. Ein individuelles Mentoring bietet die Möglichkeit, auf

persönliche Probleme der jungen Menschen eingehen zu können. Die durch Mittel des Europäischen Sozialfonds und des Landes Brandenburg finanzierte Arbeit wird ab Sommer 2015 in einer neuen Förderperiode fortgesetzt. *Quelle: Brandaktuell Newsletter 15.2014*

**Aktuelles zur Heimerziehung in der Diözese Münster.** Aus einer kürzlich vorgestellten Heimbogenstatistik geht hervor, dass die Zahl der in Heimen untergebrachten Kinder und Jugendlichen in der Diözese Münster im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 30 Plätze auf 1928 Unterbringungen angestiegen ist. Darüber hinaus lasse sich ein Trend zur Einrichtung ausgelagerter Wohngruppen verzeichnen, der einen Verbleib in der Nähe des sozialen Umfelds ermögliche und daher zu begrüßen sei. Der Anteil der Mädchen sei seit dem Jahr 2000 kontinuierlich gestiegen und habe sich inzwischen demjenigen der Jungen nahezu angeglichen. Bedauert wird die sinkende Anzahl männlicher Erzieher. *Quelle: Mitteilung des Caritasverbandes für die Diözese Münster vom 31.7.2014*

**Chancen für Kinder – Anforderungen an zukunftsfähige Hilfen zur Erziehung.** Hrsg. Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH. Selbstverlag. Berlin 2014, 168 S., EUR 19,- \*DZI-E-0938\*  
Zum Thema der zukünftigen Ausgestaltung der Hilfen zur Erziehung fand im November 2013 eine Fachtagung



Bank  
für Sozialwirtschaft



## Mit Erfahrung und Expertise.

Zum Beispiel bei der Beurteilung von Investitionsentscheidungen. Dafür haben wir ein Analyse-Paket entwickelt, das Ihnen die Sicherheit gibt, Ihr Investitionsvorhaben in allen Belangen geprüft zu haben. Wir bieten Ihnen das gesamte Leistungsspektrum einer Universalbank, kombiniert mit jahrzehntelanger Erfahrung im Gesundheits- und Sozialwesen. Für Finanzplanung mit Umsicht.

**Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.**

Telefon 0221 97356-0 | bfs@sozialbank.de  
www.sozialbank.de | www.spendenbank.de

Die Bank für Wesentliches

in Berlin statt, deren Beiträge in dieser Broschüre dokumentiert sind. Zur Debatte standen aktuelle Herausforderungen bei der Weiterentwicklung der Erziehungshilfen, die Perspektiven der stationären Hilfen, der Handlungsbedarf in den Kommunen, die Elternarbeit und die Zusammenarbeit mit den Schulen. Konkrete Ansätze wie das Bielefelder Modell, das für straffällige Jugendliche konzipierte „Sinn-Projekt“ und das Hamburger Modell wurden näher vorgestellt. Die Aufmerksamkeit galt zudem dem Pflegekinderwesen, den Auswahlkriterien für Bereitschaftspflegefamilien und als weiteres Praxisbeispiel die Berliner Krisenunterkunft „Wirbelwind“ für Kinder bis zum zwölften Lebensjahr. Bestellanschrift: Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH, Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/390 01-136, Internet: [www.fachtagungen-jugendhilfe.de](http://www.fachtagungen-jugendhilfe.de)

### Beratung für gewaltbetroffene Frauen in Bayern.

Der Freistaat Bayern subventioniert 38 Frauenhäuser und über 33 Notrufe für Frauen. Um auch Gewaltopfer, die selbst keine Hilfe suchen, zu erreichen, sollen ab nächstem Jahr mit jährlich 250 000 Euro Einrichtungen bezuschusst werden, die aktiv auf die betroffenen Frauen zugehen. Vorgesehen ist, dass die Polizei nach Einsätzen wegen häuslicher Gewalt die Kontaktdaten der Frauen mit deren Einverständnis an eine Interventionsstelle übermittelt, damit die Beraterinnen die Initiative ergreifen können. *Quelle: Mitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration vom 22.8.2014*

## AUSBILDUNG UND BERUF

### Vorschläge zur Behebung des Fachkräftemangels in der Pflege.

Zu der neuerlichen Auswertung der Daten für sogenannte Mangelberufe durch die Bundesanstalt für Arbeit bemerkte der Verband Deutsche Alten- und Behindertenhilfe (VDAB), der Fachkräftemangel im Pflegesektor werde sich weiter verschlimmern. Besonders betroffen seien die Gesundheits- und Krankenpflege sowie die Altenpflege, wo freierwerdende Stellen durchschnittlich erst nach zirka vier Monaten wieder neu besetzt würden. Da die Verweildauer im Beruf besonders kurz sei, bringe auch die hohe Anzahl von Auszubildenden keine Entlastung der Situation. Erforderlich sei es deshalb, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, um konkreten Missständen wie der Überbürokratisierung, der Fremdbestimmung durch andere Professionen des Gesundheitswesens und der Misstrauenskultur entgegenzuwirken. *Quelle: Pressemitteilung des VDAB vom 5.8.2014*

### Datenbank für Freiwilliges Soziales Jahr in Bayern.

Die kürzlich freigeschaltete Internetseite [www.freiwillig.Bayern.de#suche](http://www.freiwillig.Bayern.de#suche) hilft jungen Menschen, die ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) in Bayern absolvieren wollen, bei der Suche nach einem passenden Engage-

ment. Zur Auswahl stehen gemeinwohlorientierte Tätigkeiten in Gebieten wie der Alten- und Krankenpflege, der Behindertenhilfe, der Jugendhilfe und der Psychiatrie, bei Rettungsdiensten und in kulturellen oder sportlichen Einrichtungen. Eine Eingabemaske ermöglicht gezielte Recherchen. Gerade Schulabgängerinnen und Schulabgängern bietet das FSJ eine wertvolle Orientierungszeit, um soziale Berufe in ihrer Vielfalt kennenzulernen. Weitere Informationen finden sich auf der Homepage des Staatsministeriums unter [www.fsj.bayern.de](http://www.fsj.bayern.de). *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration vom 12.8.2014*

**Bildung auf europäisch?** Der Deutsche Qualifikationsrahmen und die Herausforderungen für die Freie Wohlfahrtspflege. Hrsg. Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen. Selbstverlag. Münster 2014, kostenlos \*DZI-E-0912\*

Der im April 2008 vom Europäischen Parlament und Rat beschlossene Europäische Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen (EQR) dient in Form einer unverbindlichen Empfehlung dem Ziel, berufliche Qualifikationen durch die Definition von acht Bildungsniveaus transparent und international vergleichbar zu beschreiben. Die Broschüre stellt die jeweiligen Anforderungen dieser acht Stufen dar und erläutert den auf Grundlage des EQR entstandenen Deutschen Qualifikationsrahmen mit seiner Unterscheidung zwischen Fachkompetenz und personaler Kompetenz. Abschließend folgt ein Einblick in die Konsequenzen des neuen Bewertungsverfahrens für die Personalgewinnung und die Personalentwicklung in der Freien Wohlfahrtspflege. Bestellanschrift: Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen, Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Westfalen-Lippe e.V., Sperlichstraße 25, 48151 Münster, Tel.: 02 51/97 39-290, Internet: [www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de](http://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de)

### Patientenfotos dürfen nicht ins Internet gestellt werden.

Laut einer Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg vom 11. April dieses Jahres ist die Veröffentlichung von Patientenfotos im Internet nicht zulässig. In dem betreffenden Fall handelte es sich um eine Gesundheits- und Kinderkrankenpflegerin, die Fotografien eines von ihr betreuten neugeborenen Kindes auf ihrem Facebook-Auftritt postete, woraufhin sie aus ihrem Arbeitsverhältnis entlassen wurde. Noch vor der Anhörung löschte sie die Aufnahmen. Das Landesarbeitsgericht vertrat den Standpunkt, die Publikation von Patientenbildern stelle im Allgemeinen einen Verstoß gegen die Persönlichkeitsrechte und gegen die Schweigepflicht dar. Jedoch genüge in der verhandelten Rechtssache eine Abmahnung, da eine Kündigung unverhältnismäßig sei. Die Revision an das Bundesarbeitsgericht wurde abgelehnt. *Quelle: Paritätischer Rundbrief August/September 2014*